

<b>Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz</b>		<b>Sitzungsprotokoll L-23 Christian Dreyer</b>	
<b>19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019</b>			
<b>Sitzungstag:</b> <b>26.09.2017</b>	<b>Sitzungsbeginn:</b> <b>14.30 Uhr</b>	<b>Sitzungsende:</b> <b>16.03 Uhr</b>	<b>Sitzungsort:</b> Siemenshochhaus, Contrescarpe 72, Raum 107
<b>Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste</b>			
<b>Vorsitz: Herr Dr. Dr. Magnus Buhlert</b>			

Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) eröffnet die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Die Deputation berät über die Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 03.08.2017
TOP 3	Deputationstermine 2018
TOP 4	Umsetzung des Bremer Krankenhausgesetzes / Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher – Neuberufung
TOP 5	Entwurf einer Verordnung über die Anforderungen an die Qualifikation des Leichenschauarztes oder der Leichenschauärztin – Neufassung –
TOP 6	Sachstand zum Aktionsplan Psychiatrie Februar 2017 – Bericht
TOP 7	Bericht zur Berichtsbitte der Fraktion DIE LINKE „Ärztliche Begutachtung bei gesundheitlichen Abschiebehindernissen in Bremerhaven“
TOP 8	Verschiedenes

<b>TOP 1</b>	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>
<b><u>Beschluss (einstimmig):</u></b>	
Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz beschließt, nach der Beratung von TOP 1 und vor der Beratung von TOP 2 den TOP 6 zu beraten. Im Übrigen beschließt die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz die vorgeschlagene Tagesordnung.	

<b>TOP 2</b>	<b>Protokoll der Sitzung vom 03.08.2017</b>
<b><u>Beschluss (einstimmig):</u></b>	
Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Protokoll der Sitzung vom 03.08.2017 zu.	

**TOP 3** | **Deputationstermine 2018  
(Vorlage L-103-19)**

**Beschluss (einstimmig):**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt den in der Vorlage genannten Sitzungsterminen zu.

**TOP 4** | **Umsetzung des Bremer Krankenhausgesetzes / Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher – Neuberufung  
(Vorlage L-104-19)**

**Beschluss (einstimmig):**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz schlägt der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz die Berufung der Patientenfürsprecherin für die in der Vorlage genannte Klinik für die weitere Dauer von vier Jahren vor.

**TOP 5** | **Entwurf einer Verordnung über die Anforderungen an die Qualifikation des Leichenschauarztes oder der Leichenschauärztin – Neufassung –  
(Vorlage L-93-19 – Neufassung)**

**Herr Bensch (CDU)** und bittet um Mitteilung, welche Stelle in der Verordnung neu gefasst wurde.

**Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt** weist auf den neu eingefügten § 2 Absatz 3 Satz 2 des Verordnungsentwurfes hin: „An der Prüfung wirkt eine auswärtige Fachärztin für Rechtsmedizin oder ein auswärtiger Facharzt für Rechtsmedizin mit.“

**Herr Erlanson (DIE LINKE)** bittet um einen Bericht über den Sachstand der Umsetzung des Gesetzes über das Leichenwesen.

**Herr Staatsrat Kück** bietet an, dass, wenn mehr Erfahrung mit der Anwendung des Gesetzes vorliegt, zu gegebener Zeit über die Umsetzung des Gesetzes über das Leichenwesen berichtet werden kann.

**Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt** ergänzt, dass inzwischen die neuen Vordrucke für die Todesbescheinigung vorliegen und verteilt werden.

**Herr Dr. Götz (Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz)** merkt an, dass das Ressort in engem Kontakt mit dem Leiter des Instituts für Rechtsmedizin steht. Dieser teilte mit, dass inzwischen genügend Ärzte vorhanden seien, um die qualifizierte Leichenschau zeitnah durchzuführen.

**Herr Bensch (CDU)** kündigt an, dass der Verordnung zugestimmt wird.

**Beschluss (einstimmig):**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf einer Verordnung über die Anforderungen an die Qualifikation des Leichenschauarztes oder der Leichenschauärztin zu

**TOP 6 Sachstand zum Aktionsplan Psychiatrie Februar 2017 – Bericht  
(Vorlage L-105-19)**

**Herr Prof. Dr. Reimer (Gesundheit Nord gGmbH)** führt in den Bericht ein und erläutert, dass empirisch gesehen Zwang und Gewalt in der Psychiatrie maßgeblich mit der personellen und der räumlichen Ausstattung von Kliniken zusammenhängen.

Im Bereich „Personal“ habe es laut Herrn Prof. Dr. Reimer bei der GeNo umfangreiche Neueinstellungen gegeben. So sind nach den Ausführungen von Herrn Prof. Dr. Reimer im ärztlichen Bereich seit März dieses Jahres 22 Ärzte neu eingestellt worden. Umfangreiche Neueinstellungen gab es laut Herrn Prof. Dr. Reimer auch im Bereich der Psychologinnen und Psychologen sowie im pflegerischen Bereich. Herr Prof. Dr. Reimer ergänzt, dass daneben auch im Bereich der „Qualifikation“ der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einiges getan wurde. So wurde laut Herrn Prof. Dr. Reimer etwa das verpflichtende Konflikt- und Deeskalationstraining für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgebaut und die Brøset-Checkliste eingeführt. In Bezug auf die räumliche Ausstattung führt Herr Prof. Dr. Reimer aus, dass es Planungen für Umbaumaßnahmen auf den Stationen 5 A, 12 A und 63 gibt. Zudem erfolgt nach den Ausführungen von Herrn Prof. Dr. Reimer eine engere Einbindung der Patientenfürsprecher/innen und es finden regelmäßige monatliche Treffen zwischen Zentrumsleitung und Patientenfürsprecher/innen statt. Ferner weist Herr Prof. Dr. Reimer daraufhin, dass eine Veränderung und Verbesserung des Berichtswesens sowohl an die Fachaufsicht als auch an andere Institutionen umgesetzt wird. Herr Prof. Dr. Reimer ergänzt, dass überdies die Zusammenarbeit mit der Besuchskommission verbessert und eine neue Feedbackschleife eingearbeitet wurde.

Die Maßnahmen führten laut Aussage von Herrn Prof. Dr. Reimer im 2. Quartal 2017 allerdings noch nicht zu einer Reduktion an erfolgten Zwangsmaßnahmen – die Zahlen sind im Wesentlichen gleich geblieben. Herr Prof. Dr. Reimer erwartet, dass eine zahlenmäßige Verbesserung wohl Ende 2017/Anfang 2018 erkennbar werden könne.

**Frau Dehne (SPD)** dankt für den Bericht und bittet um Beantwortung folgender Fragen:

- Wie soll bei der angedachten Trennung des teilstationären und ambulanten Bereichs in Bezug auf die Leitungsposition die Verzahnung der beiden Bereiche erfolgen? Aus Sicht der SPD-Fraktion bietet sich eine Leitung für beide Bereiche in Personalunion an. Gibt es insoweit Unterschiede zwischen dem ärztlichen und pflegerischen Personal?
- Ca. 30% der Zwangsmaßnahmen beziehen sich laut dem Bericht auf acht Patientinnen und Patienten. Gibt es Konzepte dieser Entwicklung entgegenzuwirken?
- Frau Dehne bittet um eine eingehendere Erläuterung der Qualifizierungsmaßnahme „Safewards“.

**Herr Prof. Dr. Reimer (Gesundheit Nord gGmbH)** beantwortet die Fragen von Frau Dehne wie folgt:

- Eine Trennung in der Leitung ist hierarchisch unterhalb der Ebene des Chefarztes angedacht. Auf Ebene des Chefarztes gibt es keine Teilung in der Leitung des ambulanten und teilstationären Bereichs. Für den pflegerischen Bereich gibt es zwei Klinikpflegeleitungen.

- Zu den Zwangsmaßnahmen: Es wird angestrebt, für jede der acht besonders betroffenen Patientinnen und Patienten eine individuelle Lösung zu finden. Für eine Patientin wird im Bremer Westen bereits eine Regionalkonferenz mit den verschiedenen Trägern durchgeführt, um eine Lösung zu finden.
- Das Prinzip der „Safewards“ soll u.a. als Hilfestellung frühzeitig vor dem Ausbruch eines Gewaltereignisses ansetzen, um den Patientinnen und Patienten Sicherheit zu vermitteln und um Gefühlen von Unsicherheit und Anspannung, die zum Ausbruch eines Gewaltereignisses führen können, zu begegnen.
- Im Rahmen der Erstellung des Konzepts zur Zwangsvermeidung trifft sich die Zentrumsleitung. In diesem Zusammenhang ist neben den Prinzipien der „Safewards“ und der persönlichen therapeutischen Begleiterinnen und Begleiter (PTB) auch eine Haltungsveränderung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wichtig, damit die Konzepte auch gelebt werden können.

**Herr Saffe (Bündnis 90/Die Grünen)** dankt für den Bericht und merkt an, dass die in den Bericht genannten Maßnahmen doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollten und den „normalen Standard“ darstellen sollten. Herr Saffe bittet um Beantwortung folgender Fragen:

- Inwieweit spielen Bewegung und Ernährung in der Therapie eine Rolle?
- Wird das unter Punkt 7. dargestellte bewegungstherapeutische Angebot ausschließlich am Samstag angeboten?
- Haben die Patientinnen und Patienten des Hauses 3 die Möglichkeit das Haus für Spaziergänge zu verlassen?
- Haben die unter Punkt 4. im Rahmen des Konflikt- und Deeskalationstrainings genannten Maßnahmen bereits konflikträchtige Situationen verhindern können?

**Herr Prof. Dr. Reimer (Gesundheit Nord gGmbH)** beantwortet die Fragen von Herrn Saffe wie folgt:

- Bewegung und Ernährung haben eine überragende Bedeutung für die Patientinnen und Patienten. Derzeit seien 4,85 VK in der Bewegungstherapie beschäftigt.
- Das Samstags-Angebot ist zusätzlich.
- Das Haus 3 hat einen direkten Gartenzugang.
- Die Maßnahmen im Rahmen des Konflikt- und Deeskalationstrainings führten im 2. Quartal 2017 noch nicht zu einer Reduktion an erfolgten Zwangsmaßnahmen – die Zahlen sind im Wesentlichen gleich geblieben.

**Herr Erlanson (DIE LINKE)** bittet für eine der nächsten Sitzungen um einen Bericht zur Qualifikation der persönlichen therapeutischen Begleiterinnen und Begleiter (PTB). Handelt es sich um eine Zusatzausbildung oder um einen neuen Assistenzberuf?

**Frau Dehne (SPD)** bittet zu Punkt 9 um Mitteilung, wie sich das Verhältnis der neu eingestellten VK zu den intern umgesetzten VK darstellt. Bestehe bei einer Umsetzung nicht die Gefahr einer Lücke bei der bisherigen Stelle? Zum Ausbau des verpflichtenden Konflikt- und Deeskalationstraining für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Punkt 4) fragt Frau Dehne, warum die Ärztinnen und Ärzte Priorität bei der Verteilung der Plätze genießen? Die Ärztinnen und Ärzte hätten nach den Ausführungen von Frau Dehne zwar die Behandlungsverantwortung, allerdings sei doch insbesondere das Pflegepersonal am „Ort des Geschehens“.

**Herr Prof. Dr. Reimer (Gesundheit Nord gGmbH)** erläutert, dass sich die Priorität der Ärztinnen und Ärzte bei der Verteilung der Plätze dadurch erklärt, dass aufgrund der hohen Anzahl an neu eingestellten Ärztinnen und Ärzten ein entsprechender Schulungsbedarf besteht, um die Dienstfähigkeit herzustellen. Im Bereich des Pflegepersonals stehen eher

Wiederauffrischungsübungen im Vordergrund, da es laut Herrn Prof. Dr. Reimer dort eine nicht so hohe Fluktuation im Personalbestand gibt.

**Herr Bensch (CDU)** nimmt Bezug auf die Dienstplangestaltung und erkundigt sich danach, ob ausreichend Personal dazu bereit ist, insbesondere im Spät- und Nachtdienst zu arbeiten? Herr Bensch bittet ferner um Mitteilung, ob die erforderlichen Personalressourcen, insbesondere auf fachärztlicher Ebene, vorgehalten und eingesetzt werden können?

**Herr Prof. Dr. Reimer (Gesundheit Nord gGmbH)** teilt mit Blick auf die Tagesklinik Mitte mit, dass zum Oktober geplant ist, eine Akuttagesklinik mit Öffnungszeiten auch an den Wochenenden anzubieten und sich Personal hierzu auch bereit erklärt hat. Zudem könne inzwischen auch Bewegungstherapie samstags eingesetzt werden. In einigen Bereichen gibt es nach den Ausführungen von Herrn Prof. Dr. Reimer indes teilweise interne Abstimmungsprobleme und Diskussionen: Einige Teilzeitkräfte seien nicht bereit, an fünf Tagen in der Woche Dienst zu leisten. Aus Gründen der Beziehungskontinuität ist es jedoch laut Herrn Prof. Dr. Reimer zwingend erforderlich, dass das Personal, jedenfalls an den Werktagen, jeden Tag anwesend ist. Herr Prof. Dr. Reimer führt ferner aus, dass man sich betreffend die Ärztinnen und Ärzte mit Stichtag zum 31.12.2017 der 100%igen Erfüllung der Psych-PV annähert. Der Personalmarkt für Ärztinnen und Ärzte sei ausgedünnt. Herr Prof. Dr. Reimer ergänzt, dass es teilweise auch im pflegerischen Bereich schwierig ist, gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden. Im Bereich der Psychologinnen und Psychologen sowie im sozialtherapeutischen Dienst ist die Personalsituation laut Herrn Prof. Dr. Reimer etwas entspannter.

**Frau Rohbeck-Töben (SPD)** bittet um Beantwortung folgender Fragen:

- Wie kann eine etwaige Überbelegung der Station 63 vermieden werden?
- Ist Geld für Qualifikationsmaßnahmen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorhanden?
- Wie sind die Auswirkungen des Projekts zur sektorenübergreifenden Behandlung (SÜB)?
- Wie ist der Sachstand zum Einsatz der Genesungsbegleiterinnen und Genesungsbegleiter?

**Herr Prof. Dr. Reimer (Gesundheit Nord gGmbH)** beantwortet die Fragen von Frau Rohbeck-Töben wie folgt:

- Die Patientinnen und Patienten müssen bei Erreichen der Belegungsobergrenze von Station 63 anderweitig verteilt werden. Die Angebote im teilstationären und ambulanten Bereich müssen laut Herrn Prof. Dr. Reimer weiter ausgebaut werden.
- Die Mittel für Schulungsmaßnahmen sind begrenzt und müssen weiter ausgebaut werden.
- Das SÜB-Projekt soll in ein stark gemeindepsychiatrisch verbundorientiertes Programm weiterentwickelt werden. Hiervon abzugrenzen ist nach den Ausführungen von Herrn Prof. Dr. Reimer die stationsäquivalente Behandlung.
- Genesungsbegleiterinnen und Genesungsbegleiter sind bereits am KBN eingesetzt. Zudem läuft laut Herrn Prof. Dr. Reimer derzeit eine Ausschreibung für Genesungsbegleiterinnen und Genesungsbegleiter am KBO.

**Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP)** hält fest, dass der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz zum Aktionsplan Psychiatrie in etwa einem halben Jahr ein weiterer Sachstandsbericht seitens der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vorgelegt wird.

### **Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den in der Vorlage

genannten Bericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 20.09.2017 zur Kenntnis.

**TOP 7** | **Bericht zur Berichtsbitte der Fraktion DIE LINKE „Ärztliche Begutachtung bei gesundheitlichen Abschiebehindernissen in Bremerhaven“ (Vorlage L-106-19)**

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Kenntnis.

**TOP 8** | **Verschiedenes**

- **Herr Staatsrat Kück** nimmt Bezug auf die in der Sitzung am 29.08.2017 beratene Neufassung der Vorlage „Umsetzung des Präventionsgesetzes (PrävG) in Bremen“ (L-99-19) und teilt mit, dass sich in dieser Vorlage unter Ziffer 2.1. „Finanzierung“ ein Fehler eingeschlichen hat: Das Vorhaben wird nicht mit jährlich 400.000 EURO von Land Bremen unterstützt. Herr Staatsrat Kück stellt noch einmal klar, dass das Land Bremen das Vorhaben im Haushaltsentwurf für die Jahre 2018 und 2019 mit jeweils 200.000 EURO unterstützt und planerisch für das Jahr 2020 ebenfalls 200.000 EURO vorgesehen sind. Dies hatte Herr Staatsrat Kück auch bereits am 29.08.2017 im Zuge der Beratungen so schon vorgetragen.
- **Herr Staatsrat Kück** teilt auf die in der Sitzung am 20.08.2017 geäußerte Berichtsbitte der Fraktion der CDU zu der augenärztlichen Notfallversorgung in Bremerhaven mit, dass es einen Modellversuch für einen augenärztlichen Notdienst in Bremerhaven gegeben hat. Der zunächst auf 4 Wochen angelegte Modellversuch wurde laut Aussage von Herrn Staatsrat Kück nach einem Gespräch zwischen dem Augenarzt und der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen (KVHB) an 3 Wochenenden durchgeführt. Nach den Ausführungen von Herrn Staatsrat Kück fand am 25.09.2017 bei der KVHB ein Gespräch zwischen Vertretern der Augenärzte Bremens und Bremerhavens sowie den Bremer Augenkliniken statt. Im Rahmen dieses Gespräches sollte laut Herrn Staatsrat Kück ausgelotet werden, ob es eine gemeinsame augenärztliche Notfallversorgung geben kann. Das Gespräch werde nun ausgewertet. Herr Staatsrat Kück teilt mit, dass nach der Auswertung über die Ergebnisse erneut berichtet wird.

**Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP)** merkt an, dass in dem Bericht insbesondere auf die Fallzahlen eingegangen werden sollte.

**Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt** ergänzt, dass man auch die Schwere der Fälle auswerten sollte. Ferner sollte in dem Bericht nach Ansicht von Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt auch die Anzahl der Patientinnen und Patienten aufgezeigt werden, die aus einer Umlandgemeinde kommen und die augenärztliche Notfallversorgung in Bremerhaven aufgesucht haben.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den mündlichen Bericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Kenntnis.

- **Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP)** teilt mit, dass das Ressort vorschlägt, die Sitzung der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz am 17.10.2017 ausfallen zu lassen. Der nächste reguläre Sitzungstermin würde nach den Ausführungen von Herrn Dr. Dr. Buhlert dann der 16.11.2017 sein.

**Beschluss (einstimmig):**

Die Sitzung der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz am 17.10.2017 fällt aus.

- **Herr Staatsrat Kück** teilt mit, dass die Fraktion der CDU mit gestriger E-Mail um einen mündlichen Bericht zum Thema Schulgeld an der Logopädieschule gebeten hat. Hintergrund sei nach den Ausführungen der Fraktion der CDU die dieses Thema betreffende schriftliche Beantwortung der Frage für die Fragestunde der vergangenen Bürgerschaftswoche. Aus Sicht der CDU-Fraktion sei in der Antwort nicht auf die Fragen eingegangen worden, weswegen die Fraktion der CDU diese nun noch einmal stellt. Die Fragen der Fraktion der CDU beantwortet Herr Staatsrat Kück wie folgt:

Frage: *Wurde das Schulgeld für die Schülerinnen und Schüler der Logopädieschule, vor dem Hintergrund des angekündigten Einstiegs in die Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsberufen, zum Beginn des neuen Schuljahres 2017/2018 reduziert?*

Antwort: Das Schulgeld für die Schülerinnen und Schüler der Logopädieschule wurde nicht vor dem Hintergrund des angekündigten Einstieges in die Schulgeldfreiheit reduziert. Vielmehr hatte die Logopädieschule wegen des monatlichen Schulgeldes von 580 EURO eine zu geringe Anzahl von potenziellen Schülern zu verzeichnen. Diese Situation war nur durch eine Absenkung des Schulgeldes zu verändern.

Frage: *Gelten die neuen Schulgeldbeträge auch für die Schülerinnen und Schüler der vorherigen Jahrgänge der Logopädieschule?*

Antwort: Die neuen Schulgeldbeträge gelten ausschließlich für die Schülerinnen und Schüler, die jetzt im Herbst ihre Ausbildung begonnen haben.

Frage: *Aus welchen Mitteln wurde der Einstieg in die Schulgeldfreiheit für die Logopädieschule finanziert, und wurden dafür insbesondere Haushaltsmittel verwendet?*

Antwort: Bei der Absenkung des Schulgeldes handelt es sich nicht um den Einstieg in die Schulgeldfreiheit, Haushaltsmittel wurden nicht verwendet. Vielmehr haben die Krankenkassen den seit 2008 schon zur Verfügung gestellten Betrag erhöht.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den mündlichen Bericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Kenntnis.

- **Herr Schober (DIE LINKE)** nimmt Bezug auf die als Anlage zum Protokoll der Sitzung vom 03.08.2017 beigefügte Stellungnahme des Personalrats der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Haushaltsaufstellung 2018/19 und bittet um Mitteilung, ob die in der Stellungnahme erhobenen Vorwürfe zutreffend sind, wonach das

Ressort im Rahmen der Haushaltsaufstellung das Mitbestimmungsrecht verletzt habe, in bestimmten Bereichen der senatorischen Behörde die Grenze der Arbeitsfähigkeit der Kolleginnen und Kollegen erreicht sei und die Mittelausstattung für die laufende Geschäftsführung des Personalrats nicht ausreichend sei.

**Herr Staatsrat Kück** teilt mit, dass der Personalrat seines Erachtens ausreichend Zeit hatte, um im Rahmen der Haushaltsaufstellung eine Stellungnahme abzugeben und der Personalrat aus persönlichen Gründen sich nicht in der Lage sah an der Sitzung der Deputation am 03.08.2017, die dem Personalrat datumsmäßig rechtzeitig bekannt gegeben wurde, teilzunehmen. Herr Staatsrat Kück teilt im Übrigen hinsichtlich der weiteren genannten Punkte nicht die Auffassung des Personalrats.

---

Vorsitzender

---

Protokollführer